

******Disclaimer: Dieses Transkript ist KI-generiert und kann Fehler aufweisen******

Hallo und herzlich willkommen zur 27. Ausgabe von der ADB-Podcast. Ich bin Anke Domscheit-Berg, digitalpolitische Sprecherin der Linken im Bundestag. Und mal wieder erzähle ich euch, was so los war im Maschinenraum des Bundestages mit Bezug auf alles Digitale. Wir haben diesmal im Digitalausschuss jede Menge Themen gehabt. Zum einen ging es um die UN Cybercrime Convention. Die wird final im Januar, also in diesem Monat, verhandelt. Außerdem ging es um die Weltfunkkonferenz, die wir schon im Dezember 23 und hat weitreichende Folgen für die Kultur, Frequenzen und vielleicht auch für den Polizeimobilfunk in Deutschland. Und dann geht es um was. Das nennt sich LÜKEX. Und wenn ihr das noch nie gehört habt, ist es nicht schlimm. Ich kannte das vorher auch nicht. Aber das ist eine strategische Übung zwischen Bund und Ländern für eine große Cyberattacke. Und die fand im September 23 statt. Dann geht es noch um den Aktionsplan des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zum Thema Künstliche Intelligenz und um das Breitbandförderprogramm im letzten Jahr, die sogenannte Gigabitrichtlinie 2:00 null und wie es mit der weitergehen soll im laufenden Jahr 2024. Ganz zum Schluss in inzwischen schon fast kleiner Tradition. Ein kurzes Update dazu, wie es mit der Linken im Bundestag weitergeht und auch ein Wort zum AfD verbot, das kann ich mir nicht verkneifen sehen. Und damit geht es gleich los. Zum Thema UN Cybercrime Convention war das Justizministerium und das Auswärtige Amt mit seinen Cyber außenpolitikexperten zu Gast im Digitalausschuss. Und um euch zu erklären, worum es da eigentlich geht, muss ich historisch ein bisschen rückwärts gucken. Denn seit 2001 gibt es schon die sogenannte Budapest Convention. Das ist ein Länderabkommen zum Umgang mit sogenannten Cybercrime, angestoßen vom Europarat, aber inzwischen schon unterzeichnet von über 100 Ländern, also wirklich nicht nur auf Europa begrenzt. Sein Ziel war und ist der grenzüberschreitende, die grenzüberschreitende Amtshilfe bei derartigen Straftaten. Da wird ganz hoch gehängt, dass es auf jeden Fall die Menschenrechte schützt, dass man diese Amtshilfe also nicht missbraucht für Zwecke, die nicht vorgesehen sind. Und es ist wirklich nur auf Cybercrime im engeren Sinne anwendbar. It muss also das Ziel der Straftat sein. Klassische Beispiele, also Cyber Cyberangriffe wie Ransomware Attacken. So etwas ist gemeint. Damit waren allerdings einige Länder unzufrieden und deswegen kam Russland im Jahre 2017 und hat einen Wunsch in die UN eingebracht, der darin gipfelte, dass 2019 ein Entwurf für die UN Cybercrime Convention von Russland vorgelegt worden ist. Der war natürlich ziemlich gruselig, weil sehr autoritär, wurde aber trotzdem unterstützt von Belarus, Kambodscha, China, Nordkorea, Myanmar, Nicaragua und Venezuela.

Also eine interessante Truppe, die sich da sympathisierend zusammengeschlossen hat. Und jetzt wird das Ding aber tatsächlich verhandelt, seit 2022 und noch in diesem Monat, im Januar 2024 sollen die Verhandlungen abgeschlossen sein. Auch da ist das Ziel, ein globalen STANDARD für Internetkriminalität und ihre Verfolgung zu haben und Amtshilfe länderübergreifend zu ermöglichen. Aber das, was strittig ist, fängt mit dem Titel schon an, nämlich mit der Interpretation der Frage Was ist denn Internetkriminalität? Wir in Deutschland würden das so definieren, wie es die Budapester Konvention meint, also Straftaten, die sich auf IT richten. Aber Russland zum Beispiel meint auch Desinformation, Extremismus und alles Mögliche damit. Für Russland ist also schon eine Desinformation, wenn man die Faktenlage zum Ukrainekrieg beschreibt. Und da hätten wir natürlich keine Lust, Amtshilfe zu leisten. Im Prinzip kann man sagen, es haben sich da so drei verschiedene Länder Lager gebildet, einmal einen Autoritäre Länder Lager. Das sieht die Cybercrime Convention als Mittel zur Überwachung der Opposition und auch von Missliebigen und als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele. Da geht es also eben nicht bloß um Attacken auf IT und die wollen dann auch viel mehr. Also die wollen Echtzeitdatenerhebung von Verkehrs und Inhaltsdaten, eine erhebliche Ausweitung von Amtshilfe bei Straftaten, die aber vielleicht woanders nicht mal welche sind. Zum Beispiel Blasphemie in Pakistan strafbar? Bei uns zum Glück nicht. Dann gibt es das Lager der demokratischen Staaten. Die wollen die Konvention eben nur auf das klassische Cybercrime .me und natürlich ausschließlich unter Achtung der Menschenrechte und Datenschutzvorgaben usw haben. Und dann gibt es noch ein drittes Länder Lager. Das sind die, die noch nicht so genau wissen, in welche Schublade sie rein gehören. Die kann man also auch noch mit Überzeugung erreichen. Von Seiten Nichtregierungsorganisationen gibt es auch jede Menge Kritik inzwischen. Es gibt ja schon so diverse Entwürfe, über die man diskutiert hat. Die wollen jedenfalls auch keine Ausweitung auf alle möglichen anderen Straftaten. Die fordern einen Ausschluss von Echtzeitüberwachung, auch von Spyware und auch von einer Aufweichung der Verschlüsselung, die sie in Artikel 28 verorten. Und sie fordern mehr Aufsicht durch unabhängige Behörden, dass man damit keine Scheiße baut. Und sie fordern als Grundvoraussetzung eine duale Kriminality, das heißt eine Straftat, für die Amtshilfe geleistet werden soll, muss in beiden Ländern strafbar sein. Also nicht nur, dass das die Amtshilfe haben möchte, sondern auch das Land, das sie leisten soll. Und Sie fordern eine Verbesserung der Datenschutzvorgaben. Die stehen in Artikel 36, da verlinke ich euch in den Shownotes mal, was EpicEnterworks an Forderungen zusammengestellt hat. Deutschland hat durchaus Einfluss. Wir haben eine Vertreterin in den Verhandlungen, aber vor allem über die EU Kommission. Die verhandelt nämlich im Namen der

EU und hat da natürlich viel mehr Einfluss. Was mir aber zum Beispiel so ein bisschen gegen den Strich ging es, dass ich bei EpicEnterworks auch lesen musste, dass die Nicht EU Länder Norwegen und Schweiz zum Beispiel. Die vertreten sich ja selber, dass die sich deutlich heftiger für Grundrechte einsetzen sollen als die Europäische Union. Und das sollte eigentlich nicht sein. Die sollten gleichermaßen Menschenrechte vertreten. Ja, was passiert, wenn diese UN Konvention kommt? Dann gibt es mehrere Möglichkeiten. Entweder Deutschland und die Europäische Union unterzeichnen und ratifizieren das Ding einfach gar nicht, weil es schlecht ist. Dann ändert sich für uns nichts. Oder sie unterzeichnen und ratifizieren, schreiben aber einen Vorbehalt in die Konvention hinein, wenn es da Teile darin gibt, die sie nicht mittragen können. Das können zum Beispiel sein, dass sie sich bestimmte Ausnahmen bei Auslieferungen vorenthalten oder bestimmte Rückweisungsgründe, wenn es solche Rechtshilfeersuchen gibt. Das mal so als kleiner Hintergrund. Aus dem Auswärtigen Amt haben wir dann mal so eine kleine Einführung bekommen vom Leiter des Koordinierungstabs für Cyberaußenpolitik und Cybersicherheit. Der hat natürlich noch mal darauf hingewiesen, was für eine große Herausforderung das Thema Cybercrime ist, aber betont, dass die Budapest Convention da eigentlich schon alles tut, was man dazu braucht. Also weder Europa noch Deutschland sehen da irgendeine Notwendigkeit für diese UN Konvention, gerade eben weil ja schon 100 Länder der Budapester Konvention beigetreten sind. Man hat auch sehr starke Bedenken wegen des großen Einflusses von Russland und China auf die Verhandlungen, auch auf viele andere Länder aus dieser dritten Schublade, die noch nicht wirklich entschieden sind und fürchten, dass deren Ziel eine staatlich kontrollierte Überwachung des Internets und der eigenen Bürger ist. Er hat uns noch mal kurz beschrieben, wie die Konvention sich selber so strukturiert. Die hat also drei Teile. Ein Teil, da geht es um Begriffe und Zuständigkeiten, ein zweiter Teil, da geht es um Verfahrensmaßnahmen, Strafverfolgung, wie man sich da so hilft. Und im dritten Teil? Da geht es mehr so um Prävention, um den Austausch von Informationen und um reine technische Hilfe. Jetzt, im Januar 2024, findet die letzte geplante Verhandlungsrunde statt. Dann vergeht ein bisschen Zeit, wahrscheinlich, weil man sich um Buchstaben zankt. Aber im September 2024 soll das dann in die Vollversammlung der Vereinten Nationen eingebracht werden. Und dann findet absehbar auch eine Abstimmung statt. Das Ziel ist eine Konsensverabschiedung, dass es also alle gemeinsam so tragen. Man könnte aber in strittigen Fällen auch einzelne Teile davon abstimmen lassen, und die bräuchten dann eine Zweidrittelmehrheit. Ja, wie dicht oder wie erreichbar ist vielleicht so ein Konsens? Also laut dem Kollegen vom Auswärtigen Amt sind wir da noch super weit entfernt, obwohl es nur noch eine einzige Verhandlungsrunde gibt und das

Ziel der Bundesregierung, der Europäischen Union, aber auch von etlichen lateinamerikanischen Ländern ist halt, dieses Abkommen inhaltlich zu begrenzen, auf echte Cyberattacken und auch datenschutz und menschenrechtliche Mindeststandards durchzusetzen. Und auf der anderen Seite sind halt ganz weit weg davon China, Russland und weitere autoritäre Staaten, auch viele afrikanische Staaten, die da ganz andere Vorstellungen haben. Ja zur Debatte im Ausschuss. Wir haben also da noch mal nachgehakt Wie wahrscheinlich ist denn, dass Deutschland oder die Europäische Union zustimmen? Und wie wäre denn dann die Umsetzung in Deutschland? Also die Bundesregierung, so die Antwort, ist total ergebnisoffen. Die haben überhaupt keinen Druck, dem beizutreten. Wenn sie nicht akzeptabel ist, dann halt nicht. Und trotzdem würde man sich aber noch weiter engagieren. Der Ausgang sei nämlich, obwohl man noch so weit auseinander ist, trotzdem völlig offen. Also da findet sehr viel Diplomatie auch im Hintergrund statt, wo man versucht, so Länder aus der dritten Schublade noch von den eigenen Werten zu überzeugen und warum es Sinn macht, höhere Schutzstandards in so ein Abkommen reinzuschreiben. Ein paar der Inhalte betreffen tatsächlich sogar EU Zuständigkeiten. Da muss also Deutschland auch in der EU Konsens erreichen. Das heißt, da muss dann Deutschland diplomatisch in der Europäischen Kommission wirken, damit die auch zum Beispiel härter bestimmte Positionen vertritt in den UN Verhandlungen sollte es dann doch zum Beitritt kommen, dann können wir selbst am Ende, wenn wir das unterschrieben haben, immer noch Amtshilfe verweigern durch sogenannte Versagensgründe. Welche dieser Grundlinien, die möglich sind, sich durchsetzen, das sei wirklich noch völlig offen. Ich habe noch mal nachgefragt Was wäre denn für Deutschland eigentlich ein Erfolg in diesen Verhandlungen? Weil ich dachte, Erfolg ist, wenn es gar nicht zu dieser Konvention kommt und die einfach überhaupt keine Mehrheiten findet. Aber man definiert vor allem Erfolg. Wenn es klappen würde, eine solche UN Konvention zu erreichen, die eben vertretbare Inhalte hat. Trotzdem haben wir natürlich gefragt Wo sind denn genau die roten Linien? Die Europäische Kommission erarbeitet so was gerade per Buchstaben. Ich finde ja ein bisschen komisch, dass zur letzten Verhandlung so eine Liste noch nicht existiert. Aber offenbar existiert sie nicht. Für Deutschland gibt es aber ein paar rote Linien. Da hat man noch mal auf das Thema Menschenrechte verwiesen, auf die Anwendbarkeit nur auf echte Cybercrime. Also nix mit Blasphemie oder Desinformation. Und wir haben erfahren, dass Russland zum Beispiel noch mal eine Liste mit 20 weiteren Straftatbeständen, die wirklich sehr abstrus waren, hinterhergeschoben hat. Also so was käme gar nicht in Frage. Und dass die das so anders interpretieren, liegt eben daran, wie die Internetkriminalität verstehen. Für uns ist

das Attacke auf Infrastruktur und solche Sachen. Für die ist das sogenannte Misuse of the Act. Die meinen also Missbrauch von Kommunikationstechnologie. Und das erklärt, warum die dann zum Beispiel einen missliebigen Tweet auch schon als fällt unter so eine Cybercrime Convention betrachten. Und eine rote Linie von Deutschland sind auch die Ablehnungsgründe für die Amtshilfe. Also wann dürfen Sie nein sagen? Und ich wollte noch mal wissen, ob neben der Strafbarkeit auf beiden Seiten auch eine Mindeststrafhöhe auf beiden Seiten relevant ist. Da es in der Europäischen Union immer von Mindeststrafe. Vier Jahre muss auf einer bestimmten Straftat stehen, sonst würde man diese Art Amtshilfe nicht leisten, weil dies ja schon ein tiefer Eingriff in bestimmte Rechte. Aber da hieß es Nee, nee, das muss schon in beiden Ländern vier Jahre sein, sonst wäre das auch eine solche rote Linie. Viel diskutiert worden ist natürlich auch immer wieder im Zusammenhang mit der Konvention das Thema Whistleblowerschutz. Da hieß es, das sei in der Tat sehr umstritten, hier auch wieder besonders prägend Russland, die sagen, im Russischen gibt es den Begriff überhaupt nicht mal, die wollen das da auch gar nicht drin haben. Aber natürlich gibt es den Sachverhalt, und zwar auch in Russland, also muss man das irgendwie regeln. Aber das ist wohl auch noch völlig offen. Eine Gefahr der Aufweichung von Verschlüsselung. Die NGOs befürchten in Artikel 28 oder 29 die wird von der Bundesregierung nicht geteilt. Also die haben gesagt, sie haben da nichts gesehen, dass irgendwie Verschlüsselung schwächen könnte. Aber diese beiden Artikel wollen sie sowieso nicht haben, die versuchen sie raus zu verhandeln. Und dann hätte ja auch die NGO ihr Problem gelöst. Dann geht es noch sehr viel um eingriffsintensive Maßnahmen, zum Beispiel Echtzeitüberwachung. Die will Deutschland auch draußen haben. Da gibt es aber keinen Konsens in der EU, denn solche Sachen sollen tatsächlich auch in der Budapester Konvention schon drinstehen. Und da sagen natürlich viele Länder, was da schon drinsteht. Kann ja nicht so schlimm sein. Dann kann es auch in der neuen Konvention der UN drin stehen. Deutschland hätte da die Latte gerne niedriger gehängt. Ein kurzes Fazit Hier ist noch kein Kind im Brunnen, auch wenn es so kurz vorm Boden hängt, Aber der Ausgang ist völlig offen. Immerhin, das fand ich doch erfreulich gibt es eine sehr klare Position von Deutschland und offenbar auch von der Europäischen Kommission. Es ist also nicht so wie beim Eiact in der EU. Hier gibt es im Prinzip nur die Option eins. Die Europäische Union schafft es, die UN Konvention so zu entschärfen, dass sie kein Drama mehr ist und tritt ihr bei. Oder aber die EU schafft das nicht und dann tritt sie ihr nicht bei. Und dann ist das zwar kacke für andere Länder, aber für uns hat das einfach gar keine Folgen. Damit kommen wir zum Zweiten Thema auch eine folgenreiche internationale Verhandlung, nämlich die Weltfunkkonferenz, die hier schon mehrfach Thema war. Also einmal

im Podcast Nummer 18, aber auch im Adb Podcast Nummer 22. Ich verlinke euch die wie immer in den Shownotes. Da war es in der Regel unter der Überschrift Rettung der Kulturfrequenzen. Ich habe da vor dieser Weltfunkkonferenz übrigens auch eine kleine Anfrage an die Bundesregierung geschrieben. Verlinke ich euch auch. Und zu diesem Thema war dann die Parlamentarische Staatssekretärin Kluckert da und noch ein Kollege aus dem BMDF. Ich mache die Intro für euch ein bisschen kürzer, weil wir ja hier schon mehrfach Thema, aber für die, die die anderen Podcastfolgen nicht gehört haben, nochmal eine ganz kurzes Wrap up. Also die Weltfunkkonferenz, die fand vier Wochen lang im November 2023 in Dubai statt und hat entschieden über Rahmenbedingungen für Frequenzzuweisungen. Dabei waren besonders strittig die sogenannten Kultur und Rundfunkfrequenzen. Das ist das Ur F Frequenzband, das für die Insider, die Techies unter euch, sich zwischen 470 bis 6 194 Megahertz bewegt. Und das ist das. Vielleicht wisst ihr es nicht, aber das wird auf jedem Festival, überall, bei Kongressen und großen Events, im Theater, in Kirchen, auf der Bühne, aber auch Backstage, überall verwendet, wo ihr zum Beispiel Leute seht, die in kabellose Mikros hineinreden, dann benutzen die diese sogenannten Kulturfrequenzen, aber auch Radio wird damit transportiert und terrestrisches Fernsehen. Im Koalitionsvertrag hat sich die Ampel übrigens reingeschrieben Wir wollen das UPFband dauerhaft für Kultur und Rundfunk sichern. Und das ist gar nicht so einfach. Da gibt es nämlich diverse Interessenskonflikte. Was diese Weltfunkkonferenz macht, die nimmt die Frequenzbänder, die ja nicht geographisch begrenzt sind, sondern wenn man da einmal ein Signal losschickt, bewegt sich das ja grenzenfrei, wohin es will. Die können laut Weltfunkkonferenz entweder primär als Hauptnutzungszweck oder sekundär als nachrangige Nutzung verwendet werden. Also so können die zugeordnet werden, quasi. Und da gab es unterschiedliche Präferenzen. Die Bundesregierung, die wollte also ein sogenanntes CO, primär für Kultur und Medien, aber auch für den Mobilfunk, aber eben nicht so allgemein für Mobilfunk. Also euer Funkloch von der Telekom schließt sich nicht auf dem Dorf damit, sondern sie wollten ein neues Mobilfunknetz ausschließlich für Behörden mit Sicherheitsaufgaben und für militärische Nutzung aufbauen. Und das wäre ziemlich blöd für Kultur und Medien und hat ja auch zu einem ziemlichen Aufstand gesorgt. Davon abweichend gab es aber einen EU Konsens. Da konnte sich Deutschland nicht ganz durchsetzen. Der war aber auch für Deutschland bindend in Dubai, da wo die Verhandlungen stattgefunden haben. Der EU Konsens war so, man wollte also primär den Rundfunk und dann CO sekundär die beiden Varianten Kultur und Medien und Mobilfunk. Die Kultur und Medienbranche, die wollte, dass alles bleibt wie vorher und vorher war. Also aktuell ist das immer noch, die Änderung würde erst 2030 in

Kraft treten. Im Moment haben wir so primär erst Rundfunk und sekundär sind die Kultur und Medienfrequenzen. Und jetzt gab es die Entscheidung der Weltfunkkonferenz. Rundfunk bleibt alleiniger primärer Nutzer dieser Kulturfrequenzen. Die Veranstalterbranche Kultur und Medien bleiben weiter sekundär, aber auch Mobilfunk wird als sekundäre Nutzung zugelassen. Faktisch ist das das, was die EU als Konsens für sich selber ausgehandelt hatte. Ob und wie man dann den Mobilfunk tatsächlich zulässt, das müssen die Länder selber klären. Es gibt aber eine ganz wichtige Einschränkung Wo sie das machen wollen, darf es auf gar keinen Fall zu Störungen der Primärnutzer kommen. Also Rundfunk und terrestrisches Fernsehen dürfen dadurch nicht gestört werden. Die Kultur und Medienbranche hat sich tierisch gefreut. Ich habe den Optimismus nicht ganz geteilt, obwohl, so wie man die Ergebnisse der Weltfunkkonferenz verstehen konnte, die Bundesregierung jetzt eigentlich ein enormes Problem haben muss mit ihrem Ziel, ein neues Mobilfunknetz für Behörden mit Sicherheitsaufgaben und das Militär in Deutschland aufzubauen. Aber hören wir mal, was die selber so sagen. In ihrer Einführung hat die Vertreterin des BMJV also erst mal so ein paar Fakten erzählt. Also 151 Staaten haben da die Schlussakte unterzeichnet. Es gab superkomplizierte Verhandlungen, 50 neue Resolutionen wurden verabschiedet, ganz viele geändert, über 30 abgeschafft. Aber unterm Strich sei man mit dem Ergebnis außerordentlich zufrieden. Das fand ich kurios, weil die wollten ja eigentlich was ganz anderes und reden sich das jetzt offenbar schön. Aber so oder so bestand sie darauf. Wichtige Entscheidungen für die Zukunft wurden getroffen, Anpassungen an technische Entwicklungen vorgenommen. Zum Beispiel, dass jetzt das obere sechs Gigahertz Band geöffnet worden ist für WLAN und Mobilfunknutzung. Als Follow up, hat sie angekündigt, soll es am 29. Februar 24 vom BMJV und von der Bundesnetzagentur im BMDEV eine Veranstaltung geben, die öffentlich ist. Also wenn ihr wollt, könnt ihr da offensichtlich hin. Da sollen die Ergebnisse im Detail vorgestellt werden. Und sie hat verkündet, dass im zweiten Halbjahr 2024. Meine Vermutung wäre wahrscheinlich im Dezember 2024 und nicht so am Anfang. Da will das BMJV eine neue sogenannte Frequenzverordnung vorlegen. Denn die Beschlüsse der Weltfunkkonferenz, die sind zwar international völkerrechtlich bindend, umgesetzt werden müssen sie aber national. Und was in Deutschland selber passiert, das entscheidet offensichtlich nur Deutschland. Diese Beschlüsse beziehen sich also immer darauf, wo mehrere Länder betroffen sind, zum Beispiel in den Grenzbereichen. Und damit kommen wir in die Debatte im Digitalausschuss. Da haben wir am aller allermeisten um dieses Thema Funknetz für Behörden mit Sicherheitsaufgaben diskutiert. Da war die Frage Was heißt denn das jetzt eigentlich alles? Die Weltfunkkonferenz hat über die Frequenzzuweisung entschieden. Die

Frequenznutzung ist wiederum Ländersache. Aber die Funkwellen machen ja bekanntlich an Grenzen nicht halt. Ja, und Deutschland hat neun Nachbarstaaten. Wenn die das jetzt anders regeln wollen als wir, gibt es halt ein Problem. Deswegen gab es da die Frage an die Bundesregierung Wie viel Spielraum haben wir denn wirklich, Also in Anbetracht all dieser Ländergrenzen? Die Antwort war Ja, ja, da gäbe es Ländergrenzen. Und bei Ländern mit intensiven Grenzen, das ist ein wörtliches Zitat wie zum Beispiel Frankreich. Da seien dann auch intensive Verhandlungen nötig. Was ich wirklich weird finde. Also nix gegen intensive Verhandlungen, aber die Physik von Wellen, denen es ehrlich gesagt schnurz piep, ob eine Grenze intensiv oder nicht intensiv ist, also viel oder wenig genutzt wird, meint sie wahrscheinlich. Und wenn andere Länder betroffen sind mit weniger intensiven Grenzen, dann gilt ja immer gilt ja immer noch die Physik von Wellen, die sich ausbreiten. Und die Vorgabe der Weltfunkkonferenz, dass die Primärnutzung in anderen Ländern nicht beeinträchtigt werden darf. Aus meiner letzten Kleinen Anfrage zu dem Thema weiß ich übrigens, dass das BMJV noch gar keine Gespräche geführt hat mit irgendwelchen Nachbarländern. Das wollen die alles jetzt irgendwie erst nachholen. Fachleute sind natürlich der Meinung, dass will man ein flächendeckendes Mobilfunknetz in ganz Deutschland, dass dadurch ja sämtliche Grenzen berührt, für die Behörden mit besonderen Sicherheitsaufgaben und das Militär aufbauen will, dann geht das gar nicht ohne Störungen jenseits der Grenze. Deswegen wollte auch irgendein findiger Abgeordneter wissen Wie soll eine solche Störung verhindert werden, die der Mobilfunk dann machen kann gegen Rundfunk und terrestrisches Fernsehen? Aber da gab es eine ganz klassische FDP. Antwort Die haben wir auch schon öfter gehört von der Kollegin. Man glaubte an magische technische Fortschritte, die eine parallele Nutzung störungsfrei ermöglichen. Klingt für mich wie reines Wunschdenken der FDP. Also zu störungsfreier Parallelnutzung gab es da nur eine inhaltsfreie Antwort zu den Behörden. Mit Sicherheitsaufgaben gab es aber noch explizite Nachfragen. Gibt es denn wirklich eine Perspektive, ein solches Mobilfunknetz mit den aktuellen Vorgaben auszubauen? Und auch da insistierte die Vertreterin des BMJV Ja klar, die Forderung kann erfüllt werden. Man will die nationale Umsetzung nutzen und das BMI. Das will diese Frequenzbänder eben künftig für diese BOS genannten Behörden verwenden. Irgendwie, so verbal klang das für mich wie ein Rumpelstilzchen, das aufstampft und sagt Wir machen es jetzt aber trotzdem. Es gab noch eine Nachfrage danach, nämlich Eigentlich wollten die 60 MHz ein ziemlich breites Frequenzband für dieses spezielle Mobilfunknetz haben und das geht eigentlich technisch gar nicht mehr. Also wo sollen die herkommen? Deswegen hat das also jemand gefragt. Das geht ja nun gar nicht, diese

60 MHz. Wie wollen Sie es denn machen? Aber die FDP interessiert so was nicht. Die macht Voodoo und hat gesagt Doch, doch, das geht. Wörtliches Zitat Für uns ist alles möglich, was wir uns wünschen. Alles ist umsetzbar. Jetzt müssen wir nur noch dafür sorgen, dass es Realität wird. Falls also jemand einen kleinen Zauberstab irgendwo rumliegen habt, schickt ihn an das BMJV. Die können ihn eventuell gut brauchen. Also auch ich habe noch mal nachgefragt, weil war einfach viel zu unglaublich und habe noch mal gefragt Also tatsächlich hält die Bundesregierung weiterhin an diesen absurden Plänen für ein eigenes flächendeckendes bundesweites Mobilfunknetz für die Bundesbehörden mit Sicherheitsaufgaben und das Militär fest. Und das soll in diesem Uavband der sogenannten Kulturfrequenzen sein? Oder vielleicht woanders? Erste Antwort Ja, man hält weiter daran fest. Nachfrage Und ja, im Band der Kultur Frequenzen ja oder nein? Und da wich man dann aber aus und sagte Ein genaues Band wird in dieser schon angekündigten Frequenzverordnung in der zweiten Hälfte des Jahres 2024 festgelegt. Also ich bin da mal sehr gespannt. Die um Worte wenig verlegene Vertreterin des BMJV zitiere ich mal gerade wieder wörtlich Wo es aufgebaut wird, also dieses Netz, in welchen Frequenzen meint sie? Damit wird entschieden, wenn diese Dinge entschieden werden. Jetzt wisst ihr also Bescheid. Nun ja, dann ging es für mich noch mal ums Geld, denn im April 2020, also schon ein bisschen her, gab es einen Bericht vom Bundesrechnungshof, der damals schon kritisiert, dass es keine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung für dieses spezielle Mobilfunknetz gibt. Da hatte ich in einem der letzten Digitalausschüsse nachgefragt und da hieß es, das hänge ja von der Frequenzuteilung ab. Und solange man die nicht wüsste, könne man gar keine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung machen. Und diese Begründung haben Sie offenbar schon den Bundesrechnungshof in 2022 gegeben. Und schon damals fand er die völlig inakzeptabel. Also habe ich halt noch mal nachgefragt Wann gibt es denn jetzt diese Wirtschaftlichkeitsbetrachtung, da ja offenbar die Begründung keine ist? Da gab es nur eine ziemlich arrogante Antwort, nämlich BOS ist ja eine Angelegenheit des Innenministeriums, die sind dafür zuständig. Und natürlich reden die offenbar alle niemals nicht miteinander. Das nervt wirklich sehr, wie hier mit dem Parlament umgegangen ist. Aber so leicht lasse ich die nicht von der Angel. Also ich werde da ziemlich wahrscheinlich mit einer schriftlichen Frage nachfragen. Also hallo BMI, ich weiß, da hören mir ein paar zu. Wenn ihr das hier hört, könnt ihr die Antwort gerne schon mal vorbereiten. Ansonsten hatte ich, als wir das letzte Mal über dieses Thema in diesem Podcast sprachen, auch weitergegeben, dass die gleiche Kollegin vom BMiTV angekündigt hatte, dass nach der Weltfunkkonferenz ein runder Tisch mit Betroffenen stattfinden soll, also mit der Kultur, Medien, Branche usw. Danach haben wir gefragt Wann

kommt denn jetzt dieser runde Tisch? Es wurde auf die im Februar stattfindende allgemeine Informationsveranstaltung hingewiesen. Die ist natürlich kein runder Tisch und es wurde darauf hingewiesen, dass mit potenziellen Nutzerinnen Gespräche in unterschiedlichen Formaten geführt werden sollen. Mir ist aufgefallen, dass dieser Begriff Runder Tisch explizit vermieden worden ist. Vielleicht heißt das ja auch nichts, aber es macht für mich einen Unterschied, ob man da nur Dinge erzählt bekommt und bilaterale Gespräche stattfinden, oder ob es wirklich ein runder Tisch ist. Letztes Thema zu Weltfunkkonferenz in Dubai. Da wollte noch wer wissen, ob auch Gesundheitsschäden durch elektromagnetische Strahlen der irgendwo ein Thema waren. Nein, waren sie nicht. Ja. Mein Fazit Für mich ist das keine Entwarnung für die Kulturfrequenzen, auch wenn sich da viele in der Branche schon gefreut haben. Ich bin aber verhalten optimistisch, nämlich dass die FDP Fantasie von dem magischen technischen Fortschritt am Ende doch an der physikalischen Realität der Ausbreitung von Wellen scheitert und die Umsetzung eines speziellen Mobilfunknetzes für die Behörden mit besonderen Sicherheitsaufgaben und das Militär, für das es bessere Alternativen gäbe, einfach mal gar nicht kommt. Mein nächstes Thema für euch ist die KrisenmanagementÜbung Lyceks, eine simulierte Cyber Großattacke. Aber ich erkläre euch vielleicht erst mal, wo Lyceks herkommt. Kann man ja echt kaum aussprechen. Das heißt Länder, da kommt das her und Ressortübergreifende, da kommt das her. Krisenmanagement, Da kommt das her. Exercise, Da kommt das E und das IKS her, also Lyceks. Das ist eine Übung. Man könnte auch sagen, so eine Art ziviles Manöver, organisiert vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, gemeinsam mit dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik. Das explizite Übungsziel ist zu gucken, Wie funktionieren denn Staat und Regierung in einer aktuellen Krisensituation? Zuständigkeiten sind die. Klar Sind die Prozesse klar? Wer redet mit wem und wie? Und so weiter und so fort. Und da darf auch nach Artikel 35 Grundgesetz die Bundeswehr mit einbezogen werden. Das ist dann auch eine Art von Amtshilfe. Dieses Spezial, ich nenne es jetzt mal Manöver, Diese Übung fand am 27. und acht und 20. September im letzten Jahr 2023 statt, und zwar mit dem Szenario Cyberangriff gegen den Staat. Das findet also alle paar Jahre statt und hat dann immer ein anderes Szenario. Eigentlich sollte das schon 2018 stattfinden, aber dann gab es ja bekanntlich Corona und dann auch noch einen widerlichen Krieg und deswegen hat sich das ein paar Jahre verschoben. Diese Übung legt besonderen Wert auf Authentizität. Deswegen engagieren sich da genau die Personen, die es im Ernstfall auch müssen. Die müssen also quasi selber rollen, spielen ihre eigene Rolle, die sie hätten in dem Moment, wenn so eine Krise da wäre. Allgemein so viel vielleicht noch als Hintergrund unterscheidet man zwei Arten

und Weisen, wie man so eine Übung machen kann, nämlich einmal als strategische Übung. Das heißt, die Maßnahmen werden nicht real umgesetzt, sondern nur in so einer Art Übungsumgebung oder aber als operative Übung. Da werden die Maßnahmen real umgesetzt. Stellt es euch ein bisschen vor wie ein Rollenspiel. In dem einen Fall mache ich das mit Papier und Stift und in irgend so einer, so einem Räumchen und in dem anderen halt als echtes Rollenspiel mit Klamotten und allem in realitätsnäher naher Umgebung zum Beispiel wie beinahe Katastrophenschutzübung, wo dann so Pseudoverletzte herumliegen. So ungefähr. Ja, da war jemand aus dem Bundesinnenministerium, da ein Staatssekretär und hat uns erst mal alles Mögliche erzählt. Man war zufrieden mit der Übung. Natürlich hat man da eine Menge Defizite aufgedeckt, aber das ist ja der Zweck der Übung. Er meinte also, wenn man da was lernt, dann hat die Übung ihren Zweck erfüllt. Beteiligt haben sich über 60 Organisationen, sämtliche Bundesländer, ein paar allerdings nur als Beobachter, haben also sich nicht aktiv beteiligt, nur zugeguckt und es waren insgesamt 2500 Personen involviert bis hoch zur Ministerebene, die sich da also selber gespielt haben. Dazu gibt es auch noch mal einen ausführlichen Abschlussbericht. Der kommt aber erst im Mai 2024. Interessant fand ich ja das Szenario gar nicht so abwegig. Also da ist irgendwo in einem Rechenzentrum die Klimaanlage ausgefallen. Dadurch sind die Server ausgefallen, weil zu heiß können Server nicht so gut leiden. Und wenn die Server ausfallen, dann fallen auch wichtige Geschäftsprozesse aus. Und das war die Krise, um die es da ging. Zusätzlich wurde das begleitet von einer aggressiven Desinformationskampagne. Desgleichen vermutet man Angreifer und das wiederum hatte zur Folge in dieser Übung einen großen Unmut der Bevölkerung. Und in dieser Übung wurde dann eine sogenannte nationale IT Krise ausgerufen. Dann hat er uns erzählt nach dieser Beschreibung des Szenarios, welche Erkenntnisse man dann so mal ganz kurz zusammengefasst man da schon mal gesammelt hat. Also wo kann man in den Abstimmungen zwischen Bund und Ländern und in der strategischen Vorsorge bei Krisenfällen irgendwelche Dinge verbessern? Das war eine ganze Menge, nämlich zum einen kritische Verwaltungsprozesse überhaupt mal festzulegen. Übrigens auch wenn ihr keine Verwaltung seid, sondern zum Beispiel ein kleines Unternehmen. So was schadet nie, wenn ihr nämlich mal Opfer einer Ransomware Attacke seid und eventuell ist das nur eine Frage der Zeit, hilft es sehr zu wissen, was sind die kritischen Prozesse und zu priorisieren, Was braucht man zuallererst, was muss man wie retten und als erstes wieder hochfahren können? Also man braucht ein sinnvolles Kontinuitätsmanagement. Das gibt es in dem Maße offenbar noch nicht genug. Dann hatte man ein großes Problem damit, Verschlusssachen auszutauschen zwischen Bund und Ländern, wenn die IT ausfällt. Rohrpost

gibt es ja bekanntlich nicht mehr flächendeckend in Deutschland. Und man braucht eine bessere Verzahnung des Krisenmanagements, und zwar sowohl länderübergreifend als auch ministerienübergreifend. Die Leitlinien zum ITKrisenmanagement will man überarbeiten und man will, das hat mich ein bisschen überrascht eine ständig verfügbare Krisenkommunikationsinfrastruktur aufbauen. Das konnte ich nicht so richtig glauben, dass es die noch nicht gibt. Also wirklich seltsam. Vielleicht sind meine Anforderungen zu hoch, aber ich hätte gedacht, so was wie die Regierung denkt daran, dass es eine Krisenkommunikationsinfrastruktur haben muss. Aber irgendwann gibt es die dann. Ein anderes Problem, das Sie entdeckt haben, ist Wie macht man denn Vergabe und Beschaffung im Krisenfall? Eine Kaltstartfähigkeit hat man auch noch nicht genug. Und als letztes hat man festgestellt die Lyceks selber, die müssen sie auch anders machen, nämlich schlanker und modularer. Das war ja wohl ein unfassbar hoher Aufwand, eine sehr komplexe Organisation. Aber wie gesagt, am Ende laut BMI ein voller Erfolg. Aber jetzt auch ein Sack voll Arbeit. Dann haben wir debattiert. Das war gar nicht so eine unendlich lange Diskussion. Und ich habe ja sowieso selber immer 120 Sekunden. Aber ich erzähle euch ja den Tenor der gesamten Debatte. Da ging es zum einen um die Übung selber, also darum, dass das ja im Prinzip nur so eine Trockenübung mit Stift und Papier war. Wie könnte man das denn praxisnäher gestalten? Das BMI fand das gar nicht problematisch, denn man hat ja die Krisenstrukturen geübt und da fühlte sich nichts an wie eine Trockenübung, sondern wenn man da drin ist, dann fühlt sich das schon echt. Und es wurde in der Übung auch sehr stark unterstützt. Da gab es zum Beispiel eine fingierte Tagesschauendung und der dann erklärt wurde im Wetterbericht, das wird sehr, sehr heiß. Wahrscheinlich ist dann deshalb die Klima ausgefallen oder ausgefallen. Ist ja wegen Cyberangriff, aber es war ein Problem, weil es war halt gerade heiß und man hat dann Social Media Posts zur Desinformationskampagne erfunden und dann da vorgelegt. Naja, fühlte sich also echt. Aber ich finde ja immer noch, deswegen habe ich danach gefragt, dass es schon einen Unterschied gibt, ob man so eine also im Erkenntnisgewinn, ob man so eine theoretische Übung macht oder eine praktische, weil sonst könnten sich Militärs ja auch Manöver sparen und habe deshalb wissen wollen. Ist dann irgendwann mal eine operative Übung geplant? In echt? Nö, bisher nicht. Aber eventuell würde man kleinere Teile einer solchen Übung vielleicht auch mal operativ machen, aber geplant ist da noch nichts. Die Bundeswehr war übrigens in der Tat beteiligt, auch die Länder allesamt mit ihren eigenen Krisenstäben, außer die, die nur zugesehen haben. Und das BSI war ja auch Organisator, also logischerweise involviert. Ich wollte aber wissen, da es ja um ein Cyberangriff ging, ob das BSI auch zum Thema Umgang mit dem

Cyberangriff involviert war? Das war tatsächlich nicht der Fall. Die haben gesagt, das ist nicht Thema. Thema war der Umgang mit einer ausgefallenen IT, nicht. Den Ausfall der IT schnellstmöglich zu beseitigen war einfach nicht die Aufgabe dieser Übung. Aus gleichem Grunde hat man die Frage nach Gab es eine aktive Cyberabwehr? Manche kennen das unter dem Stichwort Hack back. Die wurde eben auch verneint, weil darum ging es ja gar nicht. Zu Konsequenzen haben wir noch ein bisschen nachgefragt. Also ich wollte zum Beispiel wissen, ob man auch Folgen für die Governance festgestellt hat, zum Beispiel ob man eventuell CISO stellen, also Chief Information Security Officer Stellen in sämtlichen Bundesbehörden schaffen will. Könnte ja sein. Ich frage das so einmal im Jahr. Deshalb musste der Staatssekretär auch ein bisschen lachen und hat gesagt, das sei ja eine wiederkehrende Frage. Stimmt, ich werde auch bald wieder danach fragen. Aber er hat dann verwiesen, dass es natürlich eine relevante Frage ist. Aber so was würde dann in dem kommenden Bericht, der im Mai kommt, irgendwie drin stehen? Kleiner Funfact für euch Das letzte Mal habe ich vor genau einem Jahr gefragt, im Januar 2023. Da hatten 2/15 Ministerien einen CISO. Also da ist noch Luft nach oben. Auf die Frage hat sich irgendwie gesetzlicher Handlungsbedarf daraus ergeben. Hieß es auch nur Nö. Auch das war nicht Ziel. Es ging ja darum, wie funktioniert die Verwaltung und nicht welche Gesetze müsse man ändern. Und dann haben wir noch gefragt Was ist denn das Thema bei der nächsten Licex? Diesmal war es ja eine Cyberattacke. Was ist der nächste Mal dran? Tatsächlich weiß man das schon. Da soll es sehr praxisnah um das Thema Dürre und Hitzewelle gehen. Also auch da gibt es wahrscheinlich wieder eine Sonder Tagesschau Sendung, die sagt es wird heiß. Das passt gut zur nächsten Frage, wo wir wissen wollten, was meinten Sie denn so mit dem Problemen bei der Beschaffung? Da wurde nämlich auch das Beispiel beschrieben. Dann nehmen wir mal an, die Temperatur ist extrem hoch. Man braucht dringend ein paar Lüfter, weil Klimaanlage ausgefallen im Serverraum und so und man weiß dann nicht, wo man die herkriegern soll. Und da gab es zum Beispiel die Frage kann man einfach welche beschlagnahmen? Irgendwo. Also das wird man sich im demnächst überlegen, ob man Lüfter beschlagnahmen darf. Mein Fazit zu Lyceks Ist das richtig ausgesprochen? Das weiß man nie so genau. Mein Fazit zu Lyceks Ziemlich wenig überraschend ist die Verwaltung in Bund und Ländern nicht wirklich krisenfest. Das Level hat mich zum Teil aber doch ein bisschen überrascht. Also dass sie keine permanent existierende Krisenkommunikationsinfrastruktur zwischen Bund und Ländern haben, ist schon ziemlich WTF? Aber na gut. Also sinnvoll ist auf jeden Fall, dass so eine Übung gemacht worden ist. Entscheidend ist jetzt aber natürlich, ob diese Handlungsempfehlungen, die alle total sinnvoll sind, ob die A überhaupt und b auch

sinnvoll umgesetzt werden. Und da, wo es dann heißt Leitlinien überarbeiten, geht es natürlich auch darum, ob sich da irgendein Schwein dran hält. Ja, damit kommen wir schon zum nächsten Thema. Da geht es mal wieder um das Thema künstliche Intelligenz. Diesmal nicht direkt um den AI Act der EU, sondern um den KI Aktionsplan der Bundesregierung. Auch das war ein öffentliches Thema. Wenn ihr wollt, könnt ihr das in Gänze nachhören. Im Prinzip könnt ihr euch unter diesem Aktionsplan eine Antwort auf die Frage vorstellen Was kann das Bildungs und Forschungsministerium konkret zum Thema KI machen? Das hat also dieser Aktionsplan, der enthält etliche Ziele, Die stehen da drin, kann man sich angucken, zum Beispiel einen Ausbau der KI, Infrastruktur in Deutschland, aber vor allem auch eine Öffnung der KI Infrastruktur im sogenannten vor kommerziellen Bereich, also keine direkte Wirtschaftsförderung. Da spricht man unter anderem mit dem Helmholtz Zentrum für Informatik zur Öffnung der Rechenzentren RechenzentrumsInfrastruktur. Aber das BMWK Das ergänzt natürlich da, wo es dann um direkte, kommerzielle Sachen geht. Das sind dann aber andere Programme. Das ist dann nackte Wirtschaftsförderung. Dieser Aktionsplan soll auch dafür sorgen, dass der Transfer von Erkenntnissen aus der Forschung in die Wirtschaft besser funktioniert. Und der Zugang von Start ups in solche KI Infrastrukturen soll natürlich auch besser werden. Da hat man sich etliche Maßnahmen vorgenommen, Die sind auch sehr teuer. Kommen wir noch drauf. Also jede Menge Förderprogramme, KI Servicezentren will man aufbauen. Die sollen kleine und mittlere Unternehmen und Start ups unterstützen Und man setzt auf Nachwuchsförderung und will da zum Beispiel die KI Professuren. Da gab es ja von der GroKo schon die KI Strategie. 100 Professuren wollte man da aufbauen, die will man jetzt erhöhen auf 150. Eine neue Förderrichtlinie gibt es auch, die nennt sich Förderung der Robustheit von KI Modellen. Die hat als Schwerpunkt explainable KI, nämlich. In Deutschland sei der Anspruch und das Interesse sehr, sehr hoch, daran besser erklären zu können, wie denn eine KI überhaupt arbeitet. Also warum kommt die zu welchem Ergebnis? Und dem soll durch entsprechende Forschungsunterstützung auch Rechnung getragen werden? Dann wird ordentlich Geld in die Hand genommen, um einen Supercomputer. Jupiter nennt sich dieses Projekt zu fördern. Das soll im Forschungszentrum Jülich stattfinden. Da gibt es ja schon ein Hochleistungsrechenzentrum und da soll jetzt quasi noch was dazugestellt werden, mit dem vor allem KI für die Forschung nutzbar sein soll. Dann will man auch wieder ein paar Leitlinien erarbeiten oder erarbeiten lassen durch Forschungsprojekte nämlich in den Bereichen Datenschutz, Rechenschaftspflicht, Kontrolle, Transparenz und Inklusion. Alles natürlich in Bezug auf künstliche Intelligenz. Spannend fand ich ja, dass sie vor allem Forschung auch zu den

Risiken machen wollen. Aber nicht einfach nur Was sind die Risiken, sondern Wie misst man die Risiken oder wie? Wie kann man so eine Art Risk Assessment machen, bevor man eine KI einsetzt, dass man also weiß, welche Sicherheitsmaßnahmen muss man ergreifen, um diese Risiken zu begrenzen? Da gibt es tatsächlich relativ wenig, und das braucht eine wissenschaftliche Grundlage. Und da soll eben das BMBF auch ordentlich fördern. Mir ist aufgefallen, dass es einen sehr starken Fokus auf Wirtschaftsförderung gibt. Bildung kommt auch noch ein bisschen vor, aber richtige, echte Gemeinwohlorientierung, wo man in der Bundespolitik immer hört, das sei der absolute Schwerpunkt von KI in Deutschland, die findet man dort tatsächlich weniger, zum Beispiel zu sozialen und ethischen Auswirkungen, zum Beispiel Anwendung im Gesundheitsbereich, zum Beispiel Ressourceneffizienz von künstlicher Intelligenz. Ich sage nicht, dass das nicht vorkommt, aber es gibt ein echtes Missverhältnis zwischen den wirtschaftlichen Einsatz von KI und dem, wo es gemeinwohlorientierter wird. Um mittelfristig kann das sich schon ziemlich negativ auswirken. Bildung, habe ich schon gesagt, kommt da durchaus vor. Nehme ich einmal im Digitalpakt Schule, gibt es da was extra? Dann gibt es noch eine OER Strategie. Oer heißt Open Educational Resources, Da soll also auch irgendwie KI gefördert werden und ein digitales Kompetenzzentrum für das digitale Unterrichten in der Schule und der Weiterbildung und generell zu generativer KI. Im Bildungsbereich soll da einiges gemacht werden. Spannend ist vielleicht noch ein internationales Symposium KI in der digitalen Demokratie. Da hören wir also sofort alle im Geist Deepfakes und können uns alles mögliche Schaurige vorstellen. Also das ist vielleicht nicht verkehrt, auch in so was zu investieren. Ja, dann kam Staatssekretär Brandenburg und hat uns also einige der von mir gerade schon zusammengefassten Inhalte der KI des KI Aktionsplans erklärt. Hat auch gesagt, das soll eigentlich ein Update der GroKo KI Strategie sein, aber es gibt schon einen Unterschied, nämlich diese GroKo KI Strategie betraf ja den gesamten Bund. Dieser Aktionsplan, der betrifft nur das BMBF. Das ist also wirklich nur sein eigener Bereich, was natürlich einen Vorteil hat, weil den kann er alleine beeinflussen. Während die Strategie für den ganzen Bund müsse man dann ja mit allen abstimmen und dann dauert es wieder 100 Jahre. Und genau das scheint er nicht zu wollen, sondern er hat sich da so ausgedrückt. Er wollte mal ins Doing kommen. Und dass man da jetzt also die alte Strategie um 20 neue Initiativen ergänzt, aber vor allem einfach mal Dinge tut. Mit richtig viel Geld. In der laufenden Legislatur wird alleine dieses eine Ministerium und die anderen eben auch viel Geld in die Hand. 1,6 Milliarden € für KI investieren. 1,6 Milliarden. Ihr erinnert euch Dunkel die Kinder Grundsicherungsdebatte hatte mit 2,2 Milliarden € zu tun, die irgendwie nicht da waren. Also

1,6 Milliarden gibt es für KI nur vom BMBF Ministerium und allein im Jahre 2024 gibt es dafür eine halbe Milliarde, also 500 Millionen €. Neu reingekommen Ergänzend zur alten KI Strategie sind übrigens vor allem die Themen Infrastruktur, aber auch generative KI. Das war einfach 2018 noch nicht so ein großes Thema. Ja, zur Debatte, natürlich, wir haben ja bald wieder Haushaltswoche, wurde auch nach dem Thema gefragt. So überall wird er gekürzt. Wie sitzt denn hier bei dem Thema aus? Hat mich jetzt nicht überrascht, dass vom bmwf Kamm nieder wird jetzt nichts gekürzt? Man weiß natürlich nie, was irgendwann mal kommt, aber im aktuellen Haushalt stehen nach wie vor die 500 Millionen drinnen? Wir erinnern uns, gekürzt wird alles, was irgendwie sozial heißt und künstliche Intelligenz ist ja nicht sozial, deswegen wird da auch nischt gekürzt. Um Infrastruktur ging's denn ganze Weile? Das hab ich euch ja erzählt, ist als neues Thema dazugekommen. Da will man ja vor allem eine Öffnung und da beschrieb der Staatssekretär, wenn man vorhandene KI Infrastruktur öffnet, damit zum Beispiel Startups ihr auch nutzen können, dann kann die in der gleichen Zeit irgend jemand anders nicht mehr nutzen. Und das sind ganz oft Forschungsprojekte, die das gerade nutzen, das heißt, die verfügbare Infrastruktur, die reicht einfach nicht, man kann also nicht nur öffnen, man muß auch ausbauen der Infrastruktur und da gibt es schon diverse Pläne, nämlich nur die schon angekündigten Gespräche mit helmholz oder auch dieses geplante jupiterprojekt Jülich, sondern entspricht auch mit der sprintagentur für Innovation? Ob die vielleicht auch im Feld KI-Infrastruktur irgendwelche Initiativen machen können? Na und? Dann für mich als linkes, ja, das Thema Gemeinwohl immer total wichtig, deswegen habe ich an der Stelle auch noch mal nachgehakt, wenn da von Öffnung von Infrastrukturen die Rede ist? Ich habe da immer nur Startups zumal o gehört und wie sonstige Wirtschaft? Wie ist das denn mit gemeinwohlorientierten Projekten? Wie teilt man das denn auf? Also Werk? Kriegt man welche KI Kapazität? Der Staatssekretär des bmbf meinte Forschung ist doch gemeinwohlorientiert? Nee, das mein ich aber nicht als uns. Startup ist ja auch keine Forschung. Also ich meinte schon Dinge, die nichtforschung sind, sondern die anwendungsorientiert sind. Da meinte er aber es gibt noch gar keinen wirklichen Überblick über die Nachfrage nach KI-Infrastruktur. Also man weiß es zu wenig, man weiß aber nicht, wer welche Nachfrage hat. Es gibt also kein requestsystem, aus dem man Informationen ziehen könnte, wer an Deutschland, zu welchen Zwecken? Was überhaupt berechnen möchte. Sie hätten da aber gerade Leute daran setzen, die überlegen, wie man so ne Art der nachfragebündelung machen kann, damit man überhaupt so ne Entscheidungen treffen kann, wer wann welche Kapazitäten nutzen kann. Und dann erst könne man überlegen, wie man das auch für gemeinwohlorientierte Vorhaben öffnet? Ich hab

noch als Wunsch mitgegeben bitte die gemeinwohlorientierte Nutzung von KI von Anfang an mitdenken und nichts? Ein bisschen FDPartig immer nur an die Startups. Mich hat ja auch das Thema Erfolgsmessung total interessiert. Im Aktionsplan steht nämlich, das habe ich da auch zitiert, das ist Sicht und meßbare wirtschaftlichen Erfolge. Geben soll und einen konkret spürbaren gesellschaftlichen Nutzen. Da wollte ich Wissen, was heißendes? Also gibts da jetzt Kennzahlen dafür? Und wenn ja, wie entwickelt die? Wann werden die entwickelt? Da meinte der Staatssekretär da gab's Sam direkt Beispiele, zum Beispiel die Karinnutzungen Unternehmen, also ob die sich erhöht hat oder nicht, die Auslastung von irgendwas, zum Beispiel IT, die Anzahl eingerichteter KI Professuren. So hat man jetzt vermutlich die 150 erreicht oder nicht? Und ich habe dann nachgefragt, mißt man denn auch irgendwie die gemeinwohlorientierung, die ja ständig kommuniziert wird? Na, sagt ihr ja? Ne? Klar. Zum Beispiel Teilnehmerzahlen an Bildungsangeboten. Wie viele benutzen einen programmierroboter? Aber so insgesamt müsse nach einem breite Set an Kennzahlen her. Mir war das wirklich zu wenig. Also gemeinwohlorientierung entweder als Forschung oder nur als Bildung zu interpretieren, das ist bei weitem nicht genug zur Bildung? Übrigens noch mal ganz kurz KI im Bildung will der Staatssekretär oder sein Ministerium ganz massiv fördern? Also er sprach von Lehrkräfte am Poweren. Mit Ländern kooperieren. Und hat ganz explizit auch den Einsatz von Lernmodellen, also generativer KI. Im Unterricht begrüßt hatte man gesagt, es sollten vielleicht irgendwann, meinte er, dann auch deutsche KI sein, weil Daten und so weiter, im Moment sind die großen Modelle dies da gibt ja alle in den USA vor. Verortet. Und offenbar ist ihm es nicht komplett egal. Ganz zum Schluss ging's dann auch noch um das Thema EEEIact. Da habt ihr vielleicht mitbekommen, dass so um den Jahreswechsel Informationen ans Tageslicht kamen, wonach die mündliche Vereinbarung aus dem Dezember, die in dem Trilog getroffen worden ist, sich in der ersten schriftlichen Fassung in einer völlig anderen Art und Weise wiederfanden. Das hat also zu ziemlichem Aufschrei geführt. Völlig zu Recht. Also es war ja doch ne sehr gruselige Version, die da zu Tage gekommen ist, mit jeder Menge Stoffe. Überwachungsabträume. Da wurde also der Staatssekretär gefragt, wie bewertet er denn diese Trilogergebnisse, die da jetzt vorliegen? Also erst mit der vier gelobt hat, gesagt, man sei ja als BMWF total eng eingebundenen Verhandlungsprozesse. Die Abstimmung sind auch super gelaufen und man hätte Forschungsklausel, Öffnungen erreicht. Das sei toll, man hätte verhindert, daß KI-Modelle überreguliert werden. Sei auch toll, aber wegen der Bürgerrechte, da hätte man jetzt also doch bis in Bauchweh auch, was man da so aktuell gehört hat, das fand er jetzt also auch nicht so schön? Ja, das vielleicht als kurze

Zusammenfassung. Mein Fazit zu diesem Thema man kann ganz klar sagen, der Kiyp ist wirklich noch in vollem Gange. Geld spielt keine Rolle, Wirtschaft um so mehr ist total wichtig, Gemeinwohl bisschen weniger. Wir wollen also wieder mal in irgendwelchen Rankings an der Spitze stehen und Gemeinwohl spielt wie bei ganz vielen anderen Sachen einfach malen den Nebenrolle. Gerade der Zugang zur Infrastruktur, der dem BMW aber so wichtig ist, es für nichtkommerzielle Organisation noch viel schwieriger hinzukriegen als für kommerzielle, sollte also Schwerpunkt und nicht bloß Nebensache sein. Und damit komme ich zum letzten Thema, dass wir im digitalausschuss hatten, nämlich der Förderung des Glasfaserausbaus und 2023 hat den Namen gehabt Gigabitrichtlinie zwei Punkt null wieder. Die Staatssekretärin Daniela Kluckert aus dem BMDV war bei uns zu Gast. Auch da erinnert ihr euch, wahrscheinlich habt ihr schon den Podcast gehört. Ich habe darüber am ADB Podcast Nummer sieben, das ist ziemlich genau ein Jahr her, das bei der 18. Januar 23 geredet, aber auch im Podcast Nummer elf im März ging's auch schon mal darum. Verlink ich euch in den schon ne kleine Erinnerung? Vielleicht? Es gab mir 2022 schon die sogenannte Graue Fleckenförderung, da galt noch das Windhundprinzip. Wer also zuerst den Antrag gestellt hat, bekam ihn auch zuerst bewilligt, wenn die grundsätzlichen Voraussetzung erfüllt waren. Also klassisches Firstkämpf fürs zow. Aber Kohle alle war, da war sie halt alle. Der Fall ist eingetreten im Oktober 2022. Da war das Geschrei wirklich groß und die Kommunen ziemlich sauer, deswegen hat man das ganze völlig anders aufgesetzt. Mit der neuen Förderstrategie Gigabitrichtlinie. Zwei Punkt null, die ist im April letzten Jahres in Kraft getreten und da konnte man dann bis September Anträge stellen und so lange gab es auch keinerlei Bescheid und da gab's ne Bewertung nach Punkten, also zum Punktezahlränking und es wird dann quasi erst mal in einer fast Lane entschieden. Das sind also die Projekte, deren Anträge als erste entschieden werden. Alle andern kommen erstmal so ne AD warte Schublade. Das sind die, wie besonders viele weiße Flecken haben. Besonders unterversorgte Gebiete sind ne sehr niedrige Einwohnerdichte. Haben, weil dahinter der Gedanke gesteckt, daß da halt erst recht kein Unternehmen ausbaut, die Not aber besonders großes. Dann gab es Kappungsgrenzen nicht nur in insgesamt, also insgesamt standen pima Daum drei Milliarden zur Verfügung, aber es gab pro Bundesland noch mal eigene Kappungsgrenzen, also jedes Bundesland hatte eine sinnvolle gesamt Fördermenge, damit nicht wie in letzten Jahren manche Bundesländer besonders viel kriegen und andere nuröhre gucken. Und dann gab's auch so was wie Branchendialog um Potenzialanalysen? Die waren beide freiwillig, aber der Branchendialog zum Beispiel in Gespräch mit Telekommunikationsfirmen, wo das Ziel war, er herauszufinden, ob um so genannt Markt erkundungsverfahren überhaupt Sinn

macht oder ob man sich das sparen kann? Das Ziel war eigentlich, den marktwirtschaftlichen Ausbau zu fördern. Daß es das Hauptziel der FDP. Und dahinter steckt vielleicht das Interesse der Helkoindustrrie, wenn sie irgend können, lieber nicht gefördert auszubauen, denn wenn sie gefördert ausbauen, dann gibt's ein Zwang zur Openexs, da müssen sie Wettbewerber auf diese Glasfaser auf lassen, darauf haben sie keinen Bock, deswegen bauen sie, wo immer es geht und sich irgendwie rechnet, lieber ganz allein aus und wollen gar nicht so viel Förderung haben, was noch wichtig ist zu wissen, ausschließlich Glasfaser wird gefördert. Also nicht wie früher diese Depaten. Vektoring mit Kupfer Kram, sondern nur Glasfaser auch nicht Satellit Oder's anderes? Nur echte Glasfaser? Für alles andere gab's kein Geld. In der Intro hat die Staatssekretärin des BMDV sich vor allem selber gelobt? Also ihr Ministerium. Das neue Förderprinzip sei einfach megaalil. Alles hat sich total bewährt, man hätte eine hervorragende Blanks geschaffen zwischen dem geförderten Ausbau in vernachlässigten Gegenden und der Nichtbehinderung des privatwirtschaftlichen Ausbaus überall woanders. Deswegen will man das jetzt im aktuellen Jahr 2024 wieder neu auflegen, auch wieder mit drei Milliarden Euro nach gleichem Prinzip? Und es soll auch wieder, so pimal Daumen im Frühjahr losgehen. Bitcom. Übrigens forderten die Reduktionen dieser Fördersumme von drei Milliarden auf eine Milliarde. Die haben diese Balance anders bewertet, wie das im letzten Jahr alles genau gelaufen ist, das soll nochmal genau evaluiert werden und dieser Bericht dazu, der soll im Februar 2024 zur Verfügung stehen. Vielleicht mein Pazahlen und Fakten? Ich habe da ein Paar abgefragt, ich wollte zum einen wissen, da es ja diese Fastlane-Kategorie gab, also die besonders hoch priorisierten Regionen. Wieviel Geld von der Gesamtfördersumme ist denn an die gegangen? Welches Volumen? Das konnte man mir nicht beantworten, meinte aber das finde man jetzt nicht so schnell. Die Zahl? Aber ich könnte mir ja ne kleine Anfrage der Union anguckender Stunde diese Zahl hier drin. Natürlich hab ich mich anschließend ans Internet gehängt und s bißchen suchu such gemacht für euch hab eine kleine Anfrage gefunden. Dies allerdings von Anfang November. Also das ist gar nicht der Endstand von 2023. Da steht zwar zu den Fastlane-Projekten, das ist insgesamt einhundertund 13 Anträge gab, davon wurden 71 bewilligt und die bewilligten ja mein Volumen von so ungefähr 663 MillionenEuro beantragt wurden 1,5 Milliarden. Mir ist dann aber aufgefallen das fünf Bund keinen einzigen bewilligten Euro haben, also wirklich null und jedes Bundesland hat ja ein eigenes Globalbudget und die haben aber einen Antrag gestellt oder viele Anträge, zum Beispiel Brandenburg hat Anträge gestellt und volum von 90 MillionenEuro, aber keinen Euro bewilligt. Ich habe also in dieser kleinen Anfrage keineswegs die versprochenen oder abgefragten Zahlen finden können, insofern habe ich da

heute noch mal hingeschrieben, die Zahl, die will ich trotzdem noch mal nachgereicht kriegen? Es laß mich da ja nicht so abspeisen. Von den nichtfastlane-projekten sind übrigens noch gar keine bewilligt gewesen, zumindest stand November. Die ist ja jetzt schon Paar Wochen alt? Diese kleine Anfrage, die Gesamtsumme, das waren übrigens Anträge über sieben Milliarden Euro und dreieinhalb war ja nur das Budget, das heißt es im Prinzip komplett, einmal doppelt überzeichnet, es haben aber gar nicht mal alle ihre Budgets abgerufen, also die Stadtstaaten haben keine einzigen Euro beantragt. Das zeigt wieder, dass wir eine ganz große digitale Spaltung zwischen ländlichem Raum und städtischen Gebieten haben. Die brauchen offenbar nicht mehr Förderung, um auszubauen. Ostwestunterschiede konnte die Staatssekretärin auf Nachfrage übrigens nicht erkennen. Ich habe aber die Vermutung, dass in der auch gar nicht nach geguckt hat. Da gibt es nämlich Daten aus dem letzten Jahr, die ein Riesenunterschied in der Gigabit Versorgung zwischen Osten und Westen zeigen. Also inner farblich angestrichenen Graphik kann man genau sehen, wo mal die Mauer war. Das sollte natürlich nicht mehr sein. Letzte Zahl ich abgefragt hab, war, wie viele Haushalte werden denn konkret durch die Förderung erreicht. Erst war sie ein bißchen zigckig. Ich hab auch gefragt, bis wann werden die dann Glasfaser erhalten? Da meinte sie, kann sie ja nicht wissen, sie baut ja nicht aus, das machen ja die Projekte, die da Gelder für kriegen, aber die Haushalte, hab ich erfahren, nämlich 651.000 Haushalte könnten über diese bewilligten förderprojekte ein Glasfaseranschluss erhalten. Den ganzen prozeßfu, über den wir noch sprachen zu branchedialog, potentialanalysen um markterkundungs erfahren. Das euch sprach ich euch, die Folge ist ja schon ziemlich lang und will euch als ganz zumschluß noch 'n bißchen was erzählen? Einmal das Update zur linken und zum afd-verbot kann ich mir auch um Paar Sätze nicht verkneifen das Update zur linken Bundestag, das geht ganz fix unsre Anerkennung als Gruppe, die wird voraussichtlich schon Anfang Februar im Bundestag passieren. Drückt gerne mal die Daumen, dass das auch so ist und dass die Rechte, die man uns zuerkennt, auch vernünftig sind und nicht unter aller. Die Sitzordnung, die wurde inzwischen übrigens schon geändert. Wir haben ja also nur ganz merkwürdige allerletzte Reihe hinter der SPD-Fraktion gehabt, also alle wie auf syna. Gigantischen Hühnerstange gesessen. Das war ein sehr ungutes Gefühl, aber war auch extrem unsichtbar. Wir dürfen jetzt im hinteren Teil unseres früheren Linke Blocks sitzen? Als Gruppe existieren wir aber nicht allein, sondern auch die Sara wagenknechtgruppe soll ja gleichzeitig anerkannt werden und dann kriegen wir wahrscheinlich unseren alten Bereich in zwei tortenstücke noch einmal geteilt und müssen daneben sitzen, fand ich jetzt persönlich nicht so geil. Ich weiß auch nicht ganz sicher, ob es so kommt, aber so hat's zumindest im Spiegel

gestanden. Ne gute Nachricht für mich, mein Sitz zum Beirat der Bundesnetzagentur, der ist offensichtlich unstrittig, da gibt's nämlich ein Gesetz zurbinets a. Und da steht ziemlich wörtlich drinne, man wird vom Bundestag gewählt für die Dauer der Wahlperiode und ich bin gewählt vom Bundestag und offensichtlich für die Dauer der Wahlperiode. Manche fragen sind noch offen, da Wissen wir dann im Februar mehr, ja und zum Schluss noch was richtig ernstes nehme ich das AfD Verbot, das wird ja bekanntlich viel diskutiert an Politik und Gesellschaft und das ist ehrlich gesagt auch überfällig. Ich hab sehr, sehr lange dahin und her überlegt, das ist nämlich keine einfache Entscheidung. Es ist also wirklich eigentlich das schärfste Schwert, das man hat. Und es ist auch ne ganz extreme Einschränkung von Grundrechten, sich politischen in einer Partei zu engagieren? Man macht so was nicht leichtfertig, aber manchmal muß man es tun und Aktuelles den Demokratie in Gefahr. Und wir reden ja immer tagein, tagaus von unserer Demokratie, ist wehrhaft, aber sie ist er nur wehrhaft, wenn man die Werkzeuge, die für ihren Schutz ins Grundgesetz eingebaut worden sind. Auch benutzt? Wenn man die gar nicht benutzt? Ja, dann sind wir auch nicht wehrhaft. Und eines dieser Werkzeuge ist das Verbot einer Partei, wenn die Partei die Demokratie selbst gefährdet, dann gibt's ja diverse Argumente dagegen, ja, die AfD macht sich dann zum Opfer, da bekommt sie noch mehr Zulauf? Ja, kann man sagen, aber ehrlich gesagt, die machen sich die ganze Zeit zum Opfer, jeden Tag aus irgendeinem Grund und auch ganz ohne ein verbotsverfahren bekommen sie immer mehr Zulauf. Und irgendwann ist es einfach zu spät, dann ist es zu spät. Und da es mit der Demokratie auch nichts mehr zu retten, das heißt, wir müssen es wenigstens versuchen und uns nicht irgendwann vorwerfen lassen, wir haben es nicht einmal probiert. Dann sehr beliebt. Auch das Argument, man muss die AfD politisch stellen als es geht ja nicht darum, mit der inhaltlichen Auseinandersetzung aufzuhören, das muss man natürlich weiter machen, aber auch ein Parteiverbot ist politisch, das gehört zum Werkzeugkasten der Demokratie, es wird von der Bundesregierung oder vom Bundesrat oder vom Bundestag beantragt. Das sind politische Institutionen und es zielt natürlich und auch das ist politisch auf die Schwächung der extremen Rechte ab, die AfD ist nämlich supereng vernetzt mit der organisierten, extremen Rechte. Also uns wurde neulich erzählt, es gibt kaum noch Gerichtsverfahren gegen die extreme Rechte, ohne dass da die AfD in irgendeinem Bezug direkt vorkommt, die sind Teil der organisierten extremrechte, die sind nicht mehr nur ihr parlamentarischer lange arm und sie verachtet die Demokratie und greift alle ihre Institutionen an. Dann gibt's natürlich das Argument, dass er total wirkungslos und außerdem dauert es viel zu lange. Ja, das dauerten Paar Jahre, aber wann wollen wir denn damit anfangen? Nur weil es ein Paar Jahre dauert, es

nicht zu tun? Das kann's ja wohl nicht sein und es wirkt schon während des Verbotsverfahrens positiv, es kann zum Beispiel die Brandmauer stärken. Ich kann mir keine demokratische Partei vorstellen, die während eines laufenden Verbotsverfahrens nur Koalition mit der AfD eingeht? Also das traut sich dann wirklich nicht mehr eine CDU in Thüringen? Ich kann mir das nicht vorstellen und natürlich würde so ein verbotsverfahren über seine gesamte Laufzeit dazu beitragen, dass wir immer wieder darüber reden, dass wir sensibilisieren, dass wir in der Debatte führen, über wie rechtsextrem ist die AfD? Wie gefährdet sie die Demokratie? Wie wichtig ist uns die Demokratie und ihre Institutionen? Und das ist natürlich auch total wichtig, Leute aufzuklären, zu politisieren für diese Inhalte. Und selbst wenn es nicht erfolgreich sein sollte, ich persönlich glaube, ein verbotsverfahren ist wahrscheinlich erfolgreich, aber man kann nicht ausschließen, dass es nicht klappt. Es würde trotzdem mindestens mehrere und wahrscheinlich entscheidende Jahre in dieser multipelkrise, die wir da gerade haben, die AfD dazu zwingen, weniger aggressiv und gewaltbereit zu sein? Das ist mindestens ein Riesenvorteil für diejenigen, die direkt bedroht und betroffen sind von dieser Aggression und der Gewaltbereitschaft. Das sind Millionen von Menschen mit migrationshintergründen. Das sind viel andere Menschen, die das auch als Signal brauchen, das wir an ihrer Seite stehen und dass wir alles tun, um sie zu schützen. Wenn aber das Verfahren erfolgreich ist, dann führt es natürlich dazu, daß die ganzen parteiprivilegien wegfallen. Enorme finanzielle Mittel, mit denen wir tausende Vollzeit Beschäftigte für Haß und Hetze mit Steuergeld finanzieren. Und es fällt auch weg, der parlamentarische arm, der extrem recht und der sind sie ja trotzdem, sie können keine Mitarbeiter mehr reinschleusen, die nicht ganz kosher sind. Also zum Beispiel gibt's im Mitarbeiter bei einem afd-abgeordneten, der bei diesem unsäglichen potsdam-meeting dabei war und sich noch gebrüstet hat, aller möglicher Schandtaten, der auch in Mehrfach verurteilter Straftäter ist und damit nicht mal mehr im Problem hat. Aber wie gesagt, das ersetzt alles die inhaltliche Auseinandersetzung nicht. Man kann auch und muss auch weitere Dinge tun, zum Beispiel kann man die parteienfinanzierungen entziehen wegen Verletzungen der freiheitlich Demokratischen Grundordnung, man kann auch die Wählbarkeit von Höcke zum Beispiel entziehen, über alle diese Dinge kann man parallel reden, aber das Problem löst man nicht nur politisch, also zum Beispiel durch zum afd-verbot, es braucht auch euch alle, geht auf die Straße, ich glaube, am 3. Februar in Berlin soll wieder was sein, aber es ist fast jeden Tag in irgendeiner Stadt in Deutschland, ne Demonstration geht dahin, macht euch auf die Socken, auch wenn's regnet oder schneit, redet mit Freunden, mit Kollegen, mit Verwandten, mit? Wer auch immer gerade neben euch im Bus sitzt, versucht aufzuklären und

darauf aufmerksam zu machen. Ist, ist wirklich ein Paar Sekunden vor zwölf. Und wenn mir dann aufwachen, kann's richtig Kacke sein? Also ich weiß wie's war ohne Bürgerrechten, ich will es Sohn nicht wieder haben und ich möchte auch nicht, daß meine Freundinnen mit Migrationshintergrund abgeschoben werden, selbst wenn sie n deutschen deutsche Staatsbürgerschaft haben. Dagegen müssen wir uns wirklich alle, und zwar gemeinsam wären. Und falls sie auch Berlinerinnen zuhören am 11. Februar habt ihr das dritte mal die Möglichkeit, eine Wahl zu machen? Wahrscheinlich nervt euch das unendlich. Da wird in einigen Wahlbezirken die Bundestagswahl von 2022 wiederholt. Aber selbst wenn es euch nervt, diese Wahl ist trotzdem wichtiger und vielleicht wichtiger. Sie beiden versuche davor geht auf jeden Fall demokratisch Wählen, persönlich? Pfennigs ja am besten ihr will Die Linke und falls ihr in den ersten beiden versuchen mit Kleinstpartei gewählt habt, auch mit der wahlwiderholung, die ja nur punktuellen, einigen Wahlbezirken stattfindet, kann es keine der Kleinstparteien über fünf Prozent schaffen. Also wenn ihr wollt, daß eure Stimme gezählt wird, schenkt ihr einer anderen kleinen Partei, zum Beispiel der Linke und dann könnt ihr sicherstellen, dass unser Abgeordneter, mein geschätzter Kollege Pascal mayser, weiter dem Bundestag angehört? Der Macht nämlich super guter Arbeit. Und auf die kommt's eben auch an mit dieser klitze kleinen Wahlwerbung. Zum Schluss gehe ich nahtlos über in meinen outro und zu einer Werbung in eigener Sache. Ich habe nämlich zwischen den Jahren beim Chaos communicationskongress 37 c drei in Hamburg einen Vortrag gehalten, den will ich euch auch noch mal ans Herz legen. Da ging's um klimafreundliche Digitalisierung. Koalitionsvertrag versus Wirklichkeit. Verlinkt, findet ihr das im Anhang über die mediathek des Kongresses. Kann man sich das nämlich angucken? Und ich hab in dieser Woche zum xmal in die Rede gehalten zu einem Antrag der Union zur vorratsdatenspeicherung von IP Adressen? Das verling ich euch auch und ich habe ne zweite Rede gehalten zur ersten Lesung eines Entwurfs des digitale dienstegesetzes. Das ist die nationale Umsetzung des digital Service Act der EU. Beides fand am 18. Januar statt. Und das war's für heute. Ich würd mich freuen, wenn ihr mir feedback gebt, gerne mit dem Hashtag der adbi Podcast. Wenn ihr noch kein Abo habt, macht das, dann verpaßt ihr nicht die nächste Folge? Die nächste Folge wird's übrigens erst im Februar geben, denn in der nächsten Sitzungswoche ist Haushaltswoche und da findet kein digitalausschuß statt. Bis dahin passt auf euch auf, wenn's wieder Glatteis gibt. Nicht ausrutschen. Ich hab den Tipp gehört, mit alten Socken über den Schuhen soll das ganz vernünftig gehen. Bis dann!